

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Symbolische Kämpfe um Deutungsmacht – <i>Migrant:innen</i>Organisationen, „neue deutsche organisationen“ und die Frage der Integration.....</b>	<b>9</b>
<b>2</b>	<b>Übergänge im Lebenslauf und Kollektive – eine poststrukturalistische Betrachtungsweise.....</b>	<b>21</b>
2.1	Übergangsforschung reviewed – interdisziplinäre Rezeptionslinien.....	22
2.2	Übergangsforschung reloaded – eine reflexive Perspektive auf Übergänge.....	29
2.3	Übergänge als machtvolle Effekte performativer Praxis.....	45
<b>3</b>	<b>Organisationswerdung – die Subjektivierung von Kollektiven .....</b>	<b>47</b>
3.1	Organisationen als Effekte performativer Praxis .....	49
3.2	Subjektivierung als Forschungsprogramm für die Organisationswerdung .....	52
3.3	Postkoloniale Anerkennungsordnungen.....	73
3.4	Die Subjektwerdung von migrantisch adressierten Organisationen.....	76
<b>4</b>	<b><i>Migrant:innen</i>Organisationen – (sozial-)wissenschaftliche Forschungstraditionen.....</b>	<b>79</b>
4.1	Der Dualismus zwischen der integrationsfördernden und der integrationshemmenden Funktion von <i>Migrant:innen</i> Organisationen .....	81
4.2	Verhältnisbestimmung der Einflussfaktoren auf das Integrationspotenzial.....	84
4.3	<i>Migrant:innen</i> Organisationen als Produkt ihrer institutionellen Umwelt.....	90
<b>5</b>	<b>Subjektivierungsanalyse – eine empirische Rekonstruktion der Organisationswerdung.....</b>	<b>95</b>
5.1	Die Adressierungsanalyse als empirische Operationalisierung.....	96

5.2	Die Methodologie einer poststrukturalistisch-praxeologischen Diskursanalyse .....	100
5.3	Die Analyse von Figuration und Figurierung als Operationalisierung diskursiver Praktiken .....	114
5.4	Die Zusammenstellung des Monumentenkörpus .....	119
5.5	Die methodischen Schritte einer poststrukturalistisch-praxeologischen Analyse von Praktiken der Subjektivierung.....	124
<b>6</b>	<b>Die Organisationswerdung von migrantisch adressierten Kollektiven – Einblicke in umkämpfte Subjektivierungssettings.....</b>	<b>129</b>
6.1	Die Datenerhebung als komplexes Autorisierungsgeschehen.....	130
6.2	Adressierungszüge der Politik und Verwaltung .....	146
6.2.1	„Wer kann einen Antrag stellen?“ – Definition einer <i>Migrant:innen</i> Organisation .....	146
6.2.2	„BAMF macht sich Expertise nutzbar“ – Zuschreibung, Funktionalisierung und Nutzbarmachung von Potenzialen ....	150
6.2.3	„Neben der fehlenden Qualifizierung der Zuwanderer“ – Zuschreibung von Defiziten und Aufforderung zur Kompensation .....	161
6.2.4	„Dortmund schafft sich ‚starke Partner‘...“ – Pädagogisierung der Förderung .....	167
6.2.5	„Und einige sind wirklich aktiv, einige oder viele haben Charakter, Heimatvereinscharakter“ – Appell an Engagement, Offenheit und Bidsamkeit.....	175
6.2.6	„Migrantenorganisationen in der Einwanderungsgesellschaft“ – Entwurf eines (gesellschafts-) politischen Panoramas .....	182
6.2.7	Der intelligible Organisationsstatus von <i>Migrant:innen</i> Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik.....	191
6.3	Re-Adressierungszüge der <i>Migrant:innen</i> Organisationen .....	192
6.3.1	„Dass man sich irgendwie nicht zurücklehnen kann“ – die beständige Prekarität der Anerkennung .....	192
6.3.2	„Von mir kriegen sie alles, wenn sie mitziehen“ – Autorisierung durch Bildung .....	203

6.3.3	„Dass es halt auch alles mit ja auch QUALITÄT so zu tun hat, die Arbeit, die wir hier machen“ – Autorisierung durch Professionalisierung.....	209
6.3.4	„Wir gehen soweit, dass wir sagen, die Integration von Flüchtlingen is ohne MOs nich denkbar“ – Autorisierung durch den Nachweis einer spezifischen Expertise .....	221
6.3.5	„Steht bei uns irgendwo was von Folklore oder hab’ ich irgendwas an, was nach Torero aussieht?“ – Autorisierung durch Grenzziehung.....	228
6.3.6	„Da muss ja einer so der Einpeitscher sein, der der Sache hinterher ist“ – Autorisierung durch politische Partizipation und Widerstand.....	235
6.3.7	Das Ringen um Anerkennung von <i>Migrant:innen</i> Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik als komplexer Autorisierungsversuch .....	240
<b>7</b>	<b>Zwischen Bildung und Selbst-Bildung – die souveräne, die andere und die vermittelnde Organisation .....</b>	<b>243</b>
<b>8</b>	<b>Die Organisation der Integration – zur Notwendigkeit einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Organisationsforschung.....</b>	<b>257</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>277</b>
	<b>Dokumentenverzeichnis.....</b>	<b>297</b>
	<b>Anhang.....</b>	<b>301</b>
	<b>Danksagung .....</b>	<b>305</b>

# 1 Symbolische Kämpfe um Deutungsmacht – *Migrant:innen* Organisationen, „neue deutsche organisationen“ und die Frage der Integration

„[Wenn] wir jeweils für den Gipfel zu einem bestimmten Thema Forderungen vorlegen, ja dann geht's um das Nachhaken, nicht, also einmal das Foto ist gut, aber was ist dann mit dem Nachhaken, was passiert mit diesem Papier danach? Da [...] muss ja einer so der Einpeitscher sein, der hinter der Sache her ist.“

Diese Äußerung stammt aus einem Interview mit einem:einer Vorsitzenden einer *Migrant:innen* Organisation<sup>1</sup>, das ich im Rahmen dieser Dissertation geführt habe. Es handelt sich um einen Teil der Antwort auf meine Frage nach den Möglichkeiten der politischen Interessenvermittlung von migrantisch adressierten Organisationen, wie beispielsweise innerhalb des Nationalen Integrationsgipfels. Das Zitat steht exemplarisch für viele weitere Äußerungen, in denen migrantisch adressierte Organisationen auf ihr widerständiges Potenzial im Kontext ihrer Interessenvertretung hinweisen. Durch die metaphorische Selbstbeschreibung als „Einpeitscher“ wird eine Identität hervorgebracht, in der die Politik und Verwaltung angetrieben werden müssen; in der die Organisation herausgefordert ist, wachsam zu sein, dass ihre Forderungen nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden. Zugleich wird das Format der Interessenvermittlung kritisiert, das eher als Symbolpolitik anstatt als wirkliche Einflussnahme wahrgenommen wird. Repräsentative Pressefotos mit *Migrant:innen* Organisationen als Statisten scheinen hingegen wichtiger zu sein als die Evaluation von (integrations-)politischen Veränderungen. Die Äußerung steht somit stellvertretend sowohl für machtvolle Adressierungen der Politik und Verwaltung migrantisch adressierten Organisationen gegenüber als auch für die Situierung der adressierten Organisationen zu diesen Vereinnahmungen. Gleichzeitig illustriert sie eine Bedeutungsverschiebung von migrantisch adressierten Organisationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beginn symbolträchtig mit dem Integrationsgipfel 2007 markiert wird.

So sind auf der einen Seite *Migrant:innen* Organisationen zahlreicher, politisch hör- und sichtbarer geworden und gewachsen: Die ersten Organisationen gründeten sich in der „Gastarbeiterperiode“ (Bade 1993: 393), d. h. während der Anwerbung sogenannter ausländischer Gastarbeiter:innen zwischen 1955 und 1973 und in den folgenden Jahren. Eine zweite intensive Gründungsphase lässt sich in den 1990er Jahren beobachten, in deren Zusammenhang sich

<sup>1</sup> Der für diese Arbeit konstruierte und verwendete Begriff *Migrant:innen* Organisation wird im Abschnitt „Überlegungen für eine reflexive Forschungspraxis über und mit *Migrant:innen* Organisationen“ dieses Kapitels erläutert.

*Migrant:innen* Organisationen zunehmend bundesweit vernetzten, um ihre Interessen wirksamer zu vertreten (für eine detaillierte Betrachtung vgl. Hunger 2004). Auch gegenwärtig lässt sich wieder eine Zunahme von *Migrant:innen*-Organisationen als eingetragenen Vereinen sowie ein Zuwachs ihrer Mitgliederzahlen beobachten (vgl. Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 41 ff.). Während viele dieser Organisationen in der Vergangenheit und Gegenwart gesellschaftlich kaum sichtbar waren und sind, gibt es vor allem in den letzten Jahren Organisationen, die als prominente Akteure auf dem (gesellschafts-)politischen Terrain auftreten und sich teilweise energisch mit Forderungen zu Wort melden. Ihre Tätigkeitsfelder sind ebenso heterogen wie ihre Positionierung in den Politikfeldern der Bildung, der Arbeit und des Aufenthaltes. So führen migrantisch adressierte Organisationen nicht nur (pädagogische) Angebote für ihre Mitglieder und andere soziale Gruppen durch, sondern kämpfen auch um materielle und symbolische Ressourcen, beispielsweise mit dem medienwirksamen Boykott eines Integrationsgipfels (vgl. Rey 2007) oder der Publikation von Positions- und Impulspapieren (vgl. u. a. Bundesverband russischsprachiger Eltern/Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland/Bund der Spanischen Eltern in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 2015; Impulspapier der Migrant\*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft o. J.).

Neben den Organisationen, die als *Migrant:innen* Organisationen bezeichnet werden und sich selbst als solche bezeichnen, hat sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von Organisationen, Initiativen und Netzwerken gegründet, die sich explizit gegen diese Bezeichnung stellen (vgl. u. a. neue deutsche organisationen 2016). Im Sinne einer postmigrantischen Gesellschaftsordnung (vgl. Foroutan 2019, 2016) bezeichnen sie sich als „neue deutsche organisationen“, kritisieren damit die (gesellschafts-)politischen Anforderungen an migrantisch adressierte Organisationen und positionieren sich gegen die Integration(-maßnahmen) von migrantisch adressierten Subjekten. In einer Pressemitteilung fassen sie ihre zentrale politische Forderung koncis zusammen: „Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik für alle. Kurz: Integration, nein. Inklusion, ja.“ (neue deutsche organisationen 2018).

Neben der Dynamik bei den Zusammenschlüssen lässt sich auch auf der anderen Seite, innerhalb der Exekutive, ein klarer Bedeutungswandel der Rolle von *Migrant:innen* Organisationen konstatieren. Galten *Migrant:innen* Organisationen bis in die 1990er Jahre als Akteure und Indikatoren für die Schaffung einer Parallelgesellschaft, erfahren *Migrant:innen* Organisationen seither einen erheblichen Bedeutungszuwachs innerhalb eines gelingenden Integrationsprozesses. Die Bundesregierung schreibt hierzu programmatisch:

„Migrant\*innenorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure in der Integration sein. [...] Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen

sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.“ (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 30)

Der Bedeutungswandel fand demnach auf den Ebenen der Vermittlung von Interessen und der Funktion in der direkten Integrationsarbeit statt: Wurden *Migrant:innen* Organisationen bis in die 1990er Jahre weitgehend von der Politik und Verwaltung abgewehrt und ignoriert (vgl. Kortmann 2011: 12), werden sie seither in einem zunehmenden Ausmaß als (gesellschafts-)politische Akteure adressiert. Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 (Die Bundesregierung 2007), in dessen Ausarbeitung auch *Migrant:innen* Organisationen eingebunden wurden, kann als ein zentraler Marker innerhalb der politischen Debatte um *Migrant:innen* Organisationen gesehen werden. Ziel war und ist es seitdem, so wird fortwährend verlautbart, die „Partizipation auf Bundesebene zu fördern“ (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2019: 317). Das bekannteste Format dafür stellt der seit dem Jahr 2006 jährlich stattfindende Deutsche Integrationsgipfel dar, aber auch in andere sogenannte Konsultations- und Entscheidungsprozesse der korporativen Politik werden *Migrant:innen* Organisationen als Interessenvermittler einbezogen (vgl. u. a. Hunger/Holz 2019; Blätte 2014). Im Integrationsprozess wird *Migrant:innen* Organisationen spätestens seit der Jahrtausendwende zudem eine sozialintegrative Funktion attestiert, sodass sie in der gegenwärtigen integrationspolitischen Debatte als ‚Akteure der Integrationsarbeit vor Ort‘ adressiert und in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbezogen werden. Eine besondere Anerkennung erfahren sie dabei in der Geflüchtetenarbeit (vgl. Huth 2019; BAMF 2018: 48 ff.).

So verwundert es auch nicht, dass sich, ausgehend von dieser augenscheinlichen Neubewertung, ein ganzes Arsenal an Förderstrukturen und Beratungsangeboten entwickelt hat, die *Migrant:innen* Organisationen in ihrem scheinbar natürlichen integrationsfördernden Potenzial stärken sollen. Die Politik und Verwaltung ebenso wie die (Sozial-)Wissenschaften (vgl. Hunger/Holz 2019: 19; Weiss/Thränhardt 2005a) sind sich einig: Ohne *Migrant:innen* Organisationen kann Integration nicht gelingen. Sie gelten als Erfolgsgaranten, die den Übergang vom nicht-integrierten Subjekt zum integrierten Subjekt maßgeblich begleiten. Durch die Lern- und Bildungsprozesse in *Migrant:innen* Organisationen und durch die (teilweise spannungsvolle) Beziehung mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege besteht seit Anbeginn ein enger Zusammenhang zwischen *Migrant:innen*-Organisationen und der Sozialen Arbeit; diese Organisationen, so die Einsicht, fördern die Handlungsfähigkeit von migrantisch adressierten Subjekten sowohl durch politisches Engagement, durch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen als auch durch Freizeitangebote. Insbesondere seit Bestehen des Nationalen Integrationsplans werden *Migrant:innen*-Organisationen explizit als Organisationen der Bildungs- und Sozialen Arbeit

wahrgenommen, wobei die häufig stattfindenden oder anvisierten Kooperationen mit anderen Organisationen der Sozialen Arbeit sich teilweise als schwierig gestalten, da *Migrant:innen* Organisationen lediglich als Zugang zu vormals nicht erreichten Adressat:innen betrachtet werden (vgl. u. a. Ersoy/ Latorre/ Zitzelsberger 2018; Goltz 2011).

Während die Integration von migrantisch adressierten Subjekten scheinbar hegemonial einen gesamtgesellschaftlichen Konsens darstellt, sind die Debatten um Ziel und Umsetzung gleichzeitig aufgeladen mit vielfältigen Bedeutungen, sodass es schwierig ist, zu definieren, was der Ausdruck konkret meint. Der Begriff polarisiert. Durch die Vielzahl der Elemente, die sich unter ihm formieren können, wird er weitgehend bedeutungsleer verwendet, sodass er als leerer Signifikant bezeichnet werden kann (vgl. Glasze/Mattissek 2015: 165; Nonhoff 2006: 124 ff.). Parallel zur Neubewertung der Funktion von *Migrant:innen* Organisationen im Integrationsprozess zeigt sich, dass selbst das Ziel der Integration einem Bedeutungswandel unterliegt. Die Politikwissenschaftlerin und Pädagogin María do Mar Castro Varela schreibt dazu:

„Damals [in den 1950er und 1960er Jahren, Anmerk. N. K.] galt die Integration der ‚Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter‘ als gefährlich für den Staatskörper und die gesetzliche Regulierung könnte fast durchweg als ein Versuch gelesen werden, eine Niederlassung und Integration zu verhindern. Im heutigen Diskurs dagegen ist das neue Schreckensgespenst die Nicht-Integration der Einwanderer und Einwandererinnen, weswegen ein ganzes Arsenal an Instrumenten bereit gelegt wird und auch mit ökonomischen Ressourcen ausgestattet wurde, um dies zu bewerkstelligen.“ (Castro Varela 2015: 71)

Migrantisch adressierte Subjekte gelten heute als integrationsbedürftige Subjekte, die diesen Mangel kompensieren sollen. Am Ende, so das Versprechen, steht das integrierte Subjekt.

Die weitreichenden Veränderungen in der Bewertung von *Migrant:innen* Organisationen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die juristischen Hürden wie beispielsweise im Asylrecht für die meisten migrantisch adressierten Subjekte hochgezogen wurden, dass weiterhin vielfältige Normierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen (z. B. Integrationskurse) vorherrschen, die direkt auf das einzelne Subjekt zielen (vgl. Ha/Schmitz 2006; Castro Varela 2015), und dass rassistische und diskriminierende Übergriffe auf als migrantisch gelesene Subjekte zugenommen haben (vgl. Mecheril/Castro Varela 2016), wie beispielsweise im Februar 2020 in Hanau, wo bei einem rassistisch motivierten Anschlag zehn Menschen ermordet wurden (vgl. auch Karakaşoğlu/Mecheril 2020). Zudem erstarken antidemokratische und rassistische Strömungen: So ist z. B. mit der AfD eine Partei in den Bundestag eingezogen, die sich u. a. offen gegen die Möglichkeit positioniert, dass migrantisch adressierte Organisationen ihre Interessen artikulieren (vgl. die Rede von Beatrix von Storch zum oben genannten Positionspapier, Storch 2016).

## *Der Konstitutionsprozess von migrantisch adressierten Organisationen als Erkenntnisinteresse*

Die Bedeutungsverschiebung der Rolle von *Migrant:innen* Organisationen stellt den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zu dieser Arbeit dar, denn sie wirft die entscheidende machtheoretische Frage auf, ob sie ein Ende der Unterdrückung, der Heteronomie und der Fremdbestimmung von *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung darstellt. Zudem stellen sich folgende Fragen: Sind *Migrant:innen* Organisationen seither souveräne Akteure, die ihre natürlichen Potenziale und Fähigkeiten entfalten dürfen und bei dieser selbst gewählten Entfaltung lediglich durch integrationspolitische Instrumente unterstützt werden? Wie ließe sich erklären, dass restriktive Normierungs- und Disziplinierungstechnologien, die auf das einzelne migrantisch adressierte Subjekt zielen, weiterhin vorherrschen, *Migrant:innen* Organisationen hingegen fast ausschließlich mit anderen Machttechnologien über die Zuschreibung ihrer positiven Potenziale für den Integrationsprozess und die Konstitution von Entfaltungsmöglichkeiten adressiert werden? Oder vereinfacht gefragt: Haben *Migrant:innen* Organisationen das erreicht, wofür sie über Jahrzehnte gekämpft haben? Gerade die Neugründung von Organisationen, die sich explizit gegen eine Bezeichnung als *Migrant:innen* Organisationen aussprechen, wirft die Frage auf, ob ein (erfolgreicher) Übergang, an dessen Ende das integrierte bzw. nicht mehr migrantisch adressierte Subjekt steht, überhaupt möglich ist.

Ziel dieser Arbeit ist es, eine Forschungsperspektive zu entwickeln, die den Konstitutionsprozess von *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik in den Fokus stellt. Dabei interessiere ich mich für die Praktiken, mit denen *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung angesprochen werden und wie sie auf diese Adressierungen reagieren, wie sie sich dazu positionieren. Dabei scheint insbesondere aufschlussreich, worin das integrationsfördernde, d. h. übergangsrelevante Potenzial von *Migrant:innen* Organisationen gesehen wird und welche organisationalen Eigenschaften als übergangsrelevant anerkannt bzw. welches organisationale Potenzial für den Übergang vom nicht-integrierten zum integrierten migrantischen Subjekt als unverzichtbar deklariert werden. Demzufolge stellen sich Fragen, wie *Migrant:innen* Organisationen zu übergangsrelevanten Organisationen werden: Wie können sie sich und ihr Handeln als übergangsrelevante Organisationen ausweisen? Welche Erwartungen formuliert die Politik und Verwaltung an sie? Welche Eigenschaften werden ihnen zugeschrieben und wie setzen sie sich zu diesen Erwartungen ins Verhältnis?

*Eine reflexive Übergangsforschung im Dialog mit der interdisziplinären Theorie der Subjektivierung als Forschungsperspektive*

Um zu erforschen, wie *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik zu übergangsrelevanten Organisationen werden oder sich auch dagegen wehren, möchte ich mit dieser Arbeit einen Weg vorschlagen, der an zwei Theorieunternehmungen anschließt und versucht, diese miteinander weiterzuführen.

Die Integration von migrantisch adressierten Subjekten kann durch das Konzept des Übergangs im Lebenslauf verstanden und analytisch handhabbar gemacht werden. Um den umkämpften und sich in ständiger Bewegung befindenden Normen und Normalitätserwartungen der Integration zu begegnen, die an migrantisch adressierte Subjekte sowie an die Organisationen gerichtet werden, die diesen Übergang begleiten sollen, bietet die reflexive Übergangsforschung ‚Doing Transitions‘ (vgl. Walther et al. 2019b) eine geeignete Heuristik. Mit ihr liegt eine Forschungsperspektive vor, die die Veränderung von Subjektpositionen im praktischen Vollzug fokussiert. Dabei konzentriert sie sich gerade auf die Herstellung und Gestaltung dieses Dazwischen, d. h. den Zwischenraum zweier Subjektpositionen, beispielsweise vom integrationsbedürftigen zum integrierten Subjekt. Um das antiessenzialistische Verständnis einer reflexiven Übergangsforschung weiterzuführen, das ein dualistisches Verständnis zwischen Struktur und Handeln überwindet, knüpfe ich an jüngere sozial- und kulturwissenschaftliche Positionen an, die im Bereich des Poststrukturalismus angesiedelt sind. Dabei handelt es sich „nicht [um] klar umrissene Theoriegebäude“ (Hartz 2019: 2), sondern um Perspektiven, die ihren Ausgangspunkt in einer „ähnliche[n] Orientierung an der Kontingenz des Sozialen und der Bedeutung sprachlicher *Artikulationen als Praktiken der Sinnkonstitution*“ (Jergus 2014: 54, Herv. i. Orig.) haben. Der Bedeutungswandel von Integration und die damit verbundene Relevanz von *Migrant:innen* Organisationen fordern eine Perspektive, die sowohl die Fragilität und Veränderbarkeit des Sozialen anerkennt als auch die Wirkmächtigkeit und Stabilisierung im Blick behält und zugänglich macht.

Ausgehend von einer poststrukturalistisch informierten Perspektive auf Übergänge im Lebenslauf möchte ich mit der interdisziplinären Theorie der Subjektivierung einen analytischen Zugang zum Konstitutionsprozess von migrantisch adressierten Organisationen als übergangsrelevanten Organisationen diskutieren. Organisationen können Übergänge erschaffen, vorbereiten und begleiten, aber auch an der Kompensation eines misslungenen Übergangs mitwirken. Organisationen sind aber auch Orte, an denen die Anforderungen eines Übergangs ausgesetzt werden (können); sie dienen so als Schutzräume, in denen andere Anerkennungsordnungen als außerhalb von ihr liegend gelten. Das Interesse an den Konstitutionsprozessen von *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik wird zum Einsatzpunkt einer

weiteren Theorieperspektive: Ausgehend von Analysen zu Subjektivierungsweisen und Subjektpositionen (vgl. u. a. Alkemeyer/Budde/Freist 2013b), die sich in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung als produktiv für die Untersuchung von der Subjektwerdung erweisen, möchte ich deren Anregungs- und Analysepotenzial für die Erforschung von Organisationen ausarbeiten. Während sich die Subjektivierungstheorie zumeist ausschließlich an der Subjektwerdung von einzelnen personalen Subjekten orientiert und Organisationen aus dieser Perspektive nur als Instanzen in den Blick nimmt, in denen Subjekte subjektiviert werden, wird in dieser Arbeit danach gefragt, ob auch Organisationen Effekte von Subjektivierungspraktiken darstellen. Hierzu werde ich prüfen, inwieweit sich das subjektivierungstheoretische Instrumentarium auch für die Erforschung konkreter Subjektivierungsprozesse von Kollektiven eignet, und herausarbeiten, welche Aspekte Anregungspotenzial bieten und fruchtbar für die Erforschung von Organisationen sind. Es soll erschlossen werden, ob und wie Organisationen erst in machtvollen diskursiven Ordnungen zu *Migrant:innen* Organisationen werden. Das Erkenntnisinteresse liegt demnach auf den Prozessen und Praktiken der Bildung und Selbst-Bildung von Organisationen, auf der performativen Hervorbringung, auf der sozialen Praxis. Konkret werde ich mich mit der Frage auseinandersetzen, wie *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung adressiert werden und wie *Migrant:innen* Organisationen re-adressieren.

Die Theorie der Subjektivierung bietet neben der subjekt- und sozialtheoretischen Konzeption auch „einen empirisch-analytischen Zugang zur Untersuchung von historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen und Formen von Bildungs- und Lernprozessen“ (Ricken/Casale/Thompson 2019a: 7). Sie erlaubt eine Perspektive auf migrantisch adressierte Organisationen, die sie nicht (nur) als Organisationen versteht, die den gegebenen Bedingungen unterworfen sind, sondern auch danach fragt, wie sie sich zu den gesellschaftlichen Zumutungen situieren. Eine solche Forschungsperspektive versteht sowohl die Ansprachen durch die Politik und Verwaltung als auch die Reaktionen der Organisationen nicht nur als regelgeleitete Artikulationen, sondern eröffnet auch den notwendigen Raum, um offensichtlich konfrontativ-widerständige, aber auch ganz leise und subtile Praktiken zu erspüren.

### *Die Frage nach der Organisationswerdung als Forschungsfrage*

Vor diesem theoretischen Hintergrund geht es in dieser Arbeit um den konkreten Prozess der Organisationswerdung. Als Forschungsfrage kann dementsprechend (re-)formuliert werden, wie migrantisch adressierte Organisationen durch die Politik und Verwaltung subjektiviert werden und wie sich diese Organisationen selbst subjektivieren. Es soll herausgefunden werden, wie migrantisch adressierte Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik durch die Politik und Verwaltung angerufen werden und welche Identität ihnen

dadurch zugeschrieben wird. Weiter scheint relevant, wie sich Organisationen zu diesen Anrufungen ins Verhältnis setzen: Wie gelingt es ihnen, sich als ein adressierbares, kollektives und einheitliches Subjekt und als relevanter Akteur im Übergang zu inszenieren? Auf welche Weise werden *Migrant:innen* Organisationen zu anerkannten, übergangsrelevanten Organisationen in der gegenwärtigen Migrations- und Integrationspolitik gemacht und wie gelingt es ihnen, sich selbst zu solchen Organisationen zu machen? Auf diese Weise soll versucht werden, die Bedeutungszunahme, den oben skizzierten diskursiven Bruch in der Beurteilung der Funktion von *Migrant:innen* Organisationen zu erklären.

### *Zum Aufbau der Arbeit*

Für die Beantwortung dieser Fragen ist die Entwicklung eines Analyseinstrumentariums unter Heranziehung verschiedener theoretischer Positionen notwendig. Die Arbeit ist insgesamt in sieben Schritte gegliedert:

Zuerst gilt es, eine Forschungsperspektive auf die Herstellung und Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf auszuarbeiten (Kap. 2). Den Ausgangspunkt bilden die Überlegungen einiger Vertreter:innen der interdisziplinären Übergangsforschung. Dabei werde ich nach zentralen Erkenntnissen und Dilemmata fragen und ein besonderes Augenmerk auf Kollektive in der Übergangsforschung legen. Sie bilden den Ausgangspunkt, um an eine markante Weiterentwicklung in der Übergangsforschung anzuknüpfen. Jüngere Arbeiten zu einer reflexiven Übergangsforschung setzen Übergänge nicht (mehr) in einem essenzialisierenden Verständnis schlicht voraus, sondern fragen nach ihrer Hervorbringung und Gestaltung. Um diesen Vollzug greifbar zu machen, werde ich, vorschlagen, an performativitätstheoretische Überlegungen anzuschließen. Dadurch wird es möglich, sowohl die historische Beständigkeit als auch die Dynamik in der Entstehung und Gestaltung von (einzelnen) Übergängen zu erklären.

Im zweiten Schritt (Kap. 3) wird mit einer weiteren Forschungsperspektive ein analytisches Instrumentarium entwickelt, das sich der (Epi-)Genese von Organisationen zuwendet. Ausgehend von den ausgearbeiteten performativitätstheoretischen Überlegungen wird ein Verständnis von Organisationen dargelegt, das diese als Effekt organisationaler Praktiken zugänglich macht. Dazu wird das Forschungsprogramm der Subjektivierung diskutiert, um Organisationen nicht als neutrale, fest umrissene und von gesellschaftlichen Bedingungen weitgehend unberührte Entitäten, sondern als Schauplatz diskursiver Kämpfe zu betrachten. Es wird beleuchtet, wie Organisationen soziale Existenz erlangen, eine Identität ausbilden und wie ihr Verhältnis zu den personalen Subjekten zu fassen ist. Da ich mich für die Subjektwerdung von migrantisch adressierten Organisationen im Kontext der gegenwärtigen Integrationspolitik interessiere, bedarf es eines machtanalytischen Zugangs, der für

rassistische und diskriminierende Bedingungen sensibilisiert. Postkoloniale Überlegungen werden zu einem kritisch-reflexiven Blick auf gesellschaftliche Vereinnahmungen herausfordern.

Nach der Ausarbeitung eines subjekttheoretischen sowie sozial- und strukturetheoretischen Konzeptes folgt im vierten Kapitel eine Auseinandersetzung mit *Migrant:innen* Organisationen als Forschungsgegenstand. Denn wenn sowohl Übergänge im Lebenslauf als auch Organisationen als Effekte performativer Praxis verstanden werden, scheint es konsequent, auch das Feld der Wissenschaft und damit (sozial-)wissenschaftliche Forschungsarbeiten mit den darin vorgenommenen Annahmen und den Konstitutionsprozessen zum Gegenstand des Erkenntnisinteresses zu erklären.

Im fünften Kapitel gehe ich den methodologischen und methodischen Prämissen dieser Arbeit nach. Damit die zuvor ausgearbeiteten Annahmen auch einem empirisch-analytischen Zugang standhalten, muss der komplexe Prozess der Organisationswerdung für die empirische Analyse operationalisiert werden. Doch wie kann ein Forschungszugang aussehen, der sich für Adressierungen und Re-Adressierungen interessiert, jedoch keine direkten Interaktionen analysieren, sondern nur asynchrone Daten verwenden kann? Unter Zuhilfenahme der Methodologie einer poststrukturalistisch-praxeologischen Diskursanalyse möchte ich konkretisieren, was ich analysiere, welche Daten erkenntnisbringend scheinen und mit welchem diskursanalytischen Vorgehen die Daten ausgewertet werden.

Im fünften Schritt (Kap. 6) werde ich die Ergebnisse meiner Auswertung vorstellen und gehe dafür entlang der analytischen Trennung vor: Zuerst werde ich die eigene Position als Forscher:in im gemeinsamen Konstitutionsprozess des untersuchten Materials erarbeiten und anschließend die Adressierungen der Politik und Verwaltung sowie die Re-Adressierungen der Organisationen als verschiedene (Re-)Adressierungszüge systematisieren.

In der sich anschließenden Diskussion (Kap. 7) werden die Adressierungs- und Re-Adressierungszüge in ihrem Zusammenspiel untersucht. Dabei wird illustriert, welche Aspekte der Subjektposition von *Migrant:innen* Organisationen in den Adressierungen aufgerufen werden und wie sich *Migrant:innen* Organisationen zu diesen Aspekten positionieren.

In einem abschließenden Kapitel (Kap. 8) werde ich zunächst die Ergebnisse der Arbeit entlang der einzelnen Kapitel resümierend besprechen, in einem Ausblick die Grenzen der Arbeit und weitere Forschungsfragen beschreiben, bevor ich dezidiert der Frage nachgehe, in welchem Verhältnis der Begriff der Integration mit dem Konzept des Übergangs steht und welche Erkenntnisse sich für einen Dialog zwischen einer kritischen Migrationsforschung und einer reflexiven Übergangsforschung ergeben. Zum Abschluss werde ich die Ergebnisse als Beitrag für die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin einordnen und konkrete Anregungen an eine diskriminierungs- und rassistismuskritische

Soziale Arbeit formulieren, um die Handlungsmacht von migrantisch adressierten (Kollektiv-)Subjekten zu steigern.

### *Überlegungen für eine reflexive Forschungspraxis über und mit Migrant:innenOrganisationen*

Die Einleitung abschließend möchte ich meinen eigenen Forschungsprozess hinsichtlich seiner Reflexivität in den Blick nehmen, um so bereits zu Beginn dieser Arbeit eine Sensibilität dafür zu entwickeln, rassistisch bzw. diskriminierende Ordnungen nicht affirmativ zu bestätigen.

Zunächst will ich auf die Praktiken des Bezeichnens sowie die Praktiken des Sprechens und Schreibens über ‚die Anderen‘ eingehen: Wie ist ein Sprechen über als migrantisch adressierte (Kollektiv-)Subjekte möglich, ohne selbst rassistische und diskriminierende Differenzsetzungen affirmativ zu wiederholen? Eine Übergangsforschung, die für sich den Anspruch erhebt, reflexiv zu sein, muss die eigenen Bezeichnungspraxen und ihren Begriffsgebrauch kritisch betrachten. Eine subjektivierungstheoretische Theorieperspektive, die Abstand von ontologisierenden Zuschreibungen nimmt und vielmehr danach fragt, wie Kollektivsubjekte zu *Migrant:innenOrganisationen* gemacht werden und sich selbst dazu machen, steht vor der Herausforderung, „dass begrifflich[e] Differenzen vorausgesetzt werden müssen, deren Hervorbringung gerade zu untersuchen ist“ (Querfurt 2015: 26). Um die Forschungsperspektive auch in den Praktiken des Sprechens und Schreibens nicht zu unterlaufen, werde ich in dieser Arbeit, wenn es um das einzelne, im alltäglichen Sprachgebrauch als Migrant:in, Zuwander:in oder ähnliches bezeichnete personale Subjekt geht, den Terminus *migrantisch adressierte Subjekte* heranziehen, um mich von einer essenzialisierenden Zuschreibung zu distanzieren und stattdessen die diskursive Hervorbringung, d. h. die (umkämpften) Bedingungen für ihre soziale Existenz, zu betonen. Wenn es um Gruppen und Gruppenbezeichnungen geht, werde ich von *sozialen Gruppen* sprechen. Dadurch soll betont werden, dass es sich auch hier um eine performative Praxis handelt, in der Subjekte unter einer symbolischen Kategorie zusammengefasst werden – diese Praktik kollektiviert, entindividualisiert und homogenisiert.<sup>2</sup> Jedoch verwende ich in weiten Teilen dieser Arbeit den Begriff *Migrant:innenOrganisation*<sup>3</sup> für migrantisch adressierte Organisationen bzw. Kollektivsubjekte. Einerseits, da innerhalb der Politik und Verwaltung, d. h. in den untersuchten Dokumenten und Interviews, migrantisch adressierte Organisationen als Migrant:innen-

<sup>2</sup> Andere Bezeichnungen (z. B. Interviewpartner:in) werden nicht derart verwendet, da ihnen keine analytische Relevanz in dieser Arbeit zukommt.

<sup>3</sup> Meine Bezeichnung wird für einen inklusiveren Sprachgebrauch gegendert. Die Kursivsetzung soll die antiessentialistische Dimension des Bezeichnens auch optisch betonen, das große Binnen-„O“ verweist auf die spezifische Form des Kollektivs, hier einer Organisation.